

# Inhalt

Vorwort .....	5
Abkürzungsverzeichnis .....	15
Literaturverzeichnis .....	21

## ERSTER TEIL

### Einführung

A. „Europarecht“ nach Lissabon: Begriffliche Vorklärungen .....	51
B. Konzeption, Aufbau und Kerninhalte dieses Buches .....	53

## ZWEITER TEIL

### Der Lissabonner Reformvertrag im europäischen Integrations- und Konstitutionalisierungsprozess

A. Der europäische Integrationsprozess vor Lissabon .....	55
I. Motive und Beginn des europäischen Integrationsprozesses .....	56
II. Wichtige Etappen des europäischen Integrationsprozesses vor Lissabon .....	57
1. Von der Montanunion und den beiden Römischen Verträgen zur Einheitlichen Europäischen Akte .....	58
2. Gründung und Erweiterung der Europäischen Union .....	59
3. Die Änderungsverträge von Amsterdam und Nizza und die große EU-Osterweiterung .....	60
III. Entstehung und „Scheitern“ des Vertrags über eine Verfassung für Europa im Rahmen des sog. Post-Nizza-Prozesses .....	62
1. Die Laeken-Erklärung zur Zukunft der EU als Startschuss des Post- Nizza-Prozesses .....	62
2. Einsetzung und Vorarbeiten des so genannten „Verfassungskonvents“ .....	63
3. Unterzeichnung, Reformpotential und erste Ratifikationen des Vertrags über eine Verfassung für Europa .....	64
4. Die negativen Referenden in Frankreich und in den Niederlanden ..	65
B. Fortentwicklung des europäischen Integrationsprozesses durch den Lissabonner Reformvertrag .....	65
I. Entstehungsgeschichte des Lissabonner Reformvertrags .....	65
1. Die Suche nach einem Weg aus der Reform- bzw. Verfassungskrise ..	65
2. Berliner Erklärung vom 25. März 2007 .....	66
3. Regierungskonferenz und Vertragsunterzeichnung .....	67
II. Ratifikationsprozess .....	67
1. Ausgangslage .....	67
2. Irland: erst ‚Nein‘, dann ‚Ja‘ .....	68

3. Die Lissabon-Entscheidung des deutschen Bundesverfassungsgerichts .....	69
III. Inkrafttreten des Lissabonner Reformvertrags .....	73
<b>C. Grundstruktur des Lissabonner Reformvertrags und unionsverfassungsrechtliche Einordnung des reformierten Unionsrechts .....</b>	<b>73</b>
I. Der Lissabonner Reformvertrag als Änderungs- bzw. Artikelvertrag ....	74
1. Änderungsvertrag statt Verfassungsvertrag .....	74
2. Änderung des EU-Vertrags .....	74
3. Änderung des EG-Vertrags und Umbenennung dieses Vertrags in „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ .....	75
II. Der Lissabonner Reformvertrag im Vergleich mit dem „Vorgänger“-Vertrag über eine Verfassung für Europa .....	75
1. Markante Unterschiede .....	76
2. Übereinstimmungen .....	77
3. Die These vom alten Wein in neuen Schläuchen .....	78
III. Der Lissabonner Reformvertrag im europäischen Konstitutionalisierungsprozess .....	78
1. Ursprünge der Verfassungsidee in Europa und des europäischen Konstitutionalisierungsprozesses .....	79
2. EuGH-Rechtsprechung zum EG-Vertrag als Verfassungsurkunde einer Rechtsgemeinschaft .....	80
3. Verfassungscharakter des durch den Vertrag von Lissabon reformierten EU-Primärrechts .....	81

### DRITTER TEIL

#### Grundlagen der EU und institutionelles Unionsrecht

<b>A. Neue Vertragsgrundlagen, Ziele, Werte und Rechtspersönlichkeit der EU ..</b>	<b>83</b>
I. Änderung der vertraglichen Grundlagen der EU und Abschaffung der EG .....	83
1. EUV und AEUV als rechtlich gleichrangige und zeitlich unbegrenzt geltende Kernelemente der neuen „Grundlage der Union“ .....	83
2. Verhältnis zwischen der EU und der Europäischen Atomgemeinschaft .....	84
3. Abschaffung der EG im Wege der Rechtsnachfolge .....	84
II. Änderung des vertraglichen Zielkatalogs und Einführung neuer Werte ..	85
1. Der neue vertragliche Zielkatalog .....	85
2. Die alten und neuen Werte der EU .....	87
3. Bewertung und Relevanz dieser Neuerungen .....	87
III. Rechtspersönlichkeit, Rechts- und Geschäftsfähigkeit der EU .....	88
1. Völkerrechtssubjektivität der EU als Folge ihrer neuen Rechtspersönlichkeit .....	89
2. Rechts- und Geschäftsfähigkeit der EU .....	89
3. Bewertung dieser Neuerungen .....	89
<b>B. Mitgliedschaft, Vertragsänderungen und Organstruktur der EU .....</b>	<b>90</b>

I. Mitgliedschaftsrechtliche Neuerungen .....	90
1. Beitritt zur EU .....	90
a) Alte und neue Beitrittsvoraussetzungen .....	91
b) Beitrittsverfahren .....	92
2. Austritt aus der EU .....	93
a) Das neue Austrittsrecht der EU-Mitgliedstaaten .....	93
b) Relevanz und Bewertung des Austrittsrechts unter besonderer Berücksichtigung der Rede von den „Herren der Verträge“ und der „Finalitätsfrage“ .....	94
3. Suspension von Mitgliedschaftsrechten und Verstärkte Zusammenarbeit .....	95
a) Suspension von Mitgliedschaftsrechten statt Ausschluss .....	95
b) Modifikationen der „Verstärkten Zusammenarbeit“ .....	96
II. Vertragsänderungsverfahren .....	97
1. Ordentliches Änderungsverfahren .....	97
2. Vereinfachtes Änderungsverfahren .....	98
III. Organstrukturelle Neuerungen .....	99
1. Unionsorgane .....	99
a) Europäischer Rat .....	100
b) Europäisches Parlament .....	102
c) Rat .....	103
d) Kommission .....	104
e) Gerichtshof der Europäischen Union .....	106
f) Rechnungshof .....	107
g) Europäische Zentralbank .....	108
2. Beratende und andere Einrichtungen sowie sonstige Stellen der EU ..	109
a) Wirtschafts- und Sozialausschuss und Ausschuss der Regionen als „beratende Einrichtungen“ der EU .....	109
b) Andere existierende und geplante Einrichtungen der EU (Europol, Eurojust und Europäische Staatsanwaltschaft) .....	111
c) Sonstige Stellen der EU in Gestalt von Zentren, Stiftungen, Ämtern und Agenturen .....	113
3. Bedeutungszuwachs nationaler bzw. mitgliedstaatlicher Parlamente .....	114
C. Kompetenzordnung, Handlungsformen und Rechtsetzungsverfahren .....	116
I. Kompetenzordnung der EU .....	116
1. Grundprinzipien der Kompetenzausübung und Kompetenzabgrenzung .....	116
a) Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung .....	117
b) Subsidiaritätsprinzip und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz .....	118
2. Zuständigkeitsarten .....	119
a) Ausschließliche Zuständigkeit .....	119
b) Geteilte Zuständigkeit .....	120

c) Koordinierende, unterstützende und ergänzende Zuständigkeiten .....	122
3. Kompetenziellrechtliche Zusatzaspekte .....	122
a) Besondere Kompetenzarten bzw. sui generis-Kompetenzen .....	123
b) Offene Methode der Koordinierung .....	123
c) Die modifizierte Flexibilitätsklausel des Art. 352 AEUV .....	124
II. Handlungsformen und Wirkungen .....	125
1. Der geringfügig modifizierte Handlungsformenkatalog des Art. 288 AEUV .....	126
2. Sonstige, nicht in Art. 288 AEUV erwähnte Handlungsformen .....	128
3. Wirkungen sekundärrechtlicher Handlungsformen unter besonderer Berücksichtigung des Anwendungsvorrangs und der richtlinienkonformen Auslegung .....	129
III. Gesetzgebungs- und Rechtsetzungsverfahren .....	131
1. Ordentliches Gesetzgebungsverfahren .....	132
2. Besondere Gesetzgebungsverfahren .....	132
3. Sonstige Rechtsetzungsverfahren .....	133

## VIERTER TEIL

### Unionsgrundrechte und EU-Rechtsschutzsystem

A. Veränderungen der EU-Grundrechtearchitektur .....	134
I. Ungeschriebene Unionsgrundrechte .....	135
1. Entwicklung und Anerkennung durch den EuGH .....	135
2. Weitergeltung und künftige Bedeutung .....	136
II. Charta der Grundrechte der EU .....	137
1. Entstehung und anfängliche Bedeutung .....	137
2. Die EU-Grundrechtecharta als rechtsverbindlicher Bestandteil des primären Unionsrechts .....	138
III. Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) .....	139
1. Allgemeine Bedeutung der EMRK in Europa .....	140
2. Aktuelle Bedeutung der EMRK für die EU .....	140
3. Neue Verpflichtung der EU zum EMRK-Beitritt .....	141
B. Alte und neue unionsverfassungsrechtliche Vorgaben für die Gewährleistung eines effektiven gerichtlichen Rechtsschutzes .....	142
I. Unionsverfassungsrechtliche Rechtsschutzgebote .....	142
1. Gerichtliche Kontrollmöglichkeiten als Kern der Rechtsunion .....	142
2. Unionsgrundrecht auf effektiven Rechtsschutz und komplementäre Verteidigungs- oder Verfahrensgrundrechte .....	144
3. Grundfreiheitsrechtliche Rechtsschutzansprüche .....	145
II. Unionsverfassungsrechtliche Rechtsschutzaufträge .....	146
1. Rechtsschutzauftrag des Gerichtshofes der EU .....	146
a) Regelungsgehalt des neuen Art. 19 Abs. 1 UAbs. 1 Satz 2 EUV ..	146
b) Adressaten dieses Rechtsschutzauftrages .....	147
aa) Der Gerichtshof .....	148

bb) Das Gericht .....	149
cc) Fachgerichte .....	150
c) Zuständigkeitsverteilung zwischen Gerichtshof, Gericht und Fachgerichten .....	151
aa) Zuständigkeiten im ersten Rechtszug .....	152
bb) Zuständigkeiten für Rechtsmittel .....	153
cc) Zuständigkeiten für Vertragsverletzungsverfahren und Vorabentscheidungen .....	153
dd) Zuständigkeiten für sonstige Verfahren .....	154
2. Rechtsschutzauftrag mitgliedstaatlicher Gerichte als Unionsgerichte im funktionalen Sinn .....	155
3. Rechtsschutzauftrag der EU-Mitgliedstaaten .....	157
<b>C. Das kohärente System interdependenter Klage- und Verfahrensarten des zentralen und dezentralen Rechtsschutzes nach Lissabon .....</b>	<b>157</b>
I. Nichtigkeitsklage .....	158
1. Zulässigkeit .....	159
2. Besonderheiten bei der Klagebefugnis natürlicher oder juristischer Personen .....	160
3. Begründetheit und Urteilswirkungen .....	166
4. Die Nichtigkeitsklage als neues Subsidiaritätskontrollinstrument ....	167
II. Untätigkeitsklage .....	168
1. Zulässigkeit .....	169
2. Besonderheiten bei der Klagebefugnis natürlicher oder juristischer Personen .....	170
3. Begründetheit und Urteilswirkungen .....	170
III. Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes .....	171
1. Einstweilige Aussetzungen .....	171
2. Einstweilige Anordnungen .....	174
IV. Schadensersatzklage wegen außervertraglicher Haftung .....	174
1. Zulässigkeit .....	176
2. Begründetheit .....	176
V. Rechtsmittelverfahren .....	177
1. Rechtsmittelverfahren vor dem Gerichtshof .....	177
2. Rechtsmittelverfahren vor dem Gericht .....	179
VI. Vertragsverletzungsverfahren .....	179
1. Staatenklage .....	179
2. Aufsichtsklage der Kommission .....	180
VII. Vorabentscheidungsverfahren .....	183
1. Hauptzwecke und Funktionen .....	184
2. Verfahrensspezifische Aufgabentrennung zwischen mitgliedstaatlichen Gerichten und dem Gerichtshof .....	185
3. Vorlageberechtigung und/oder -verpflichtung mitgliedstaatlicher Gerichte .....	185
4. EuGH als gesetzlicher Richter i.S. des Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG ....	187

VIII. Ergänztender Rechtsschutz gegen Unionsrechtsakte vor dem BVerfG? ..	190
---	-----

## FÜNFTER TEIL

### EU-Wirtschaftsverfassung und Binnenmarktrecht

<b>A. Ersetzung des Begriffs Gemeinsamer Markt durch den Binnenmarkt-Begriff.....</b>	<b>193</b>
I. Langjähriger Dualismus zweier gemeinschaftsrechtlicher Marktbegriffe .....	194
II. Theorienstreit über die zutreffende Abgrenzung beider Marktbegriffe ..	196
III. Gemeinsame inhaltliche Schnittmenge beider Marktbegriffe .....	197
IV. Sieg des Binnenmarkt-Begriffs über den Begriff des Gemeinsamen Marktes .....	200
<b>B. Kontinuität stiftender Umgang des Vertrags von Lissabon mit den wesentlichen Funktionsgarantien der EU-Wirtschaftsverfassung .....</b>	<b>201</b>
I. Überblick über das damalige wirtschaftsverfassungsrechtliche Koordinatensystem des EG-Vertrags i.d.F. von Nizza .....	201
1. Begriff und Konzept der Wirtschaftsverfassung .....	202
2. Systementscheidung der EG-Wirtschaftsverfassung vor Lissabon ....	203
3. Grundfreiheitsliche, wettbewerbs- und wirtschaftsgrundrechtliche Funktionsgarantien der EG-Wirtschaftsverfassung vor Lissabon ....	205
4. Das damalige Regel-Ausnahme-Verhältnis zwischen individueller Wirtschaftsfreiheit und hoheitlichen Marktinterventionen .....	207
II. Binnenmarktrechtliche Besitzstandswahrung in Ansehung wirtschaftsverfassungsrechtlicher Funktionsgarantien .....	210
1. Die nahezu unveränderten Grundfreiheiten .....	211
a) Neuer Standort, alte Reihenfolge und redaktionelle Änderungen .....	212
b) Bisherige EuGH-Rechtsprechung zur Dogmatik und Konvergenz der Grundfreiheiten .....	213
c) Freiheit des EuGH zur kohärenten Weiterentwicklung der Grundfreiheitsdogmatik .....	217
2. Die weitgehend unveränderten Wettbewerbsregeln .....	217
a) EU-Kartellrecht .....	217
b) EU-Beihilfenrecht .....	220
3. Wirtschaftsgrundrechte im Lichte des neuen Art. 6 EUV .....	221
III. Geringfügige Modifikationen binnenmarktbezogener Rechtsangleichung .....	224
<b>C. Das System unverfälschten Wettbewerbs, Daseinsvorsorge und die wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft nach Lissabon .....</b>	<b>225</b>
I. Zur vermeintlichen „Verbannung“ des Systems unverfälschten Wettbewerbs aus der neuen Zielbestimmung des Art. 3 EUV .....	225
1. Neue normative Verankerung des Systems unverfälschten Wettbewerbs .....	225

2. Rechtsfolgen .....	226
II. Das neue Protokoll (Nr. 26) „über Dienste von allgemeinem Interesse“ .....	227
1. Regelungsgehalt und primärrechtlicher Kontext .....	228
2. Offene Fragen und Rechtsfolgen .....	231
III. Das neue Ziel und Leitbild einer in hohem Maße wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft .....	234
1. Normative Verankerung und Verhältnis zum Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb .....	235
2. Die durch das neue Leitbild bewirkte Aufwertung sozialer Belange ..	236
3. Kein wirtschaftsverfassungsrechtlicher Paradigmenwechsel .....	237
 <b>SECHSTER TEIL</b> 	
<b>Modifikationen weiterer unionsverfassungsrechtlicher Teilordnungen und Politikbereiche</b>	
A. Haushalts-, Finanz- und Währungsordnung der EU .....	242
I. EU-finanzenverfassungs- und haushaltsrechtliche Neuerungen .....	242
II. Mitgliedstaatliche Haushaltsdisziplin und Defizitverfahren .....	244
III. Währungsordnungsrechtliche Neuerungen .....	245
B. Umweltverfassungsrecht, Klima- und Energiepolitik der EU .....	246
I. Geringfügige Modifikationen des EU-Umweltverfassungsrechts .....	247
II. Neue Unionszuständigkeiten im Bereich der Energiepolitik .....	250
III. Explizite Berücksichtigung klimapolitischer Belange im primären Unionsrecht .....	254
C. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (RFSR) .....	255
I. Der RFSR im neuen Zielkatalog des Art. 3 EUV .....	256
II. Ausgestaltung des RFSR im Vertrag über die Arbeitsweise der EU und vertragsprotokollarische Sonderregelungen .....	257
III. Wesentliche RFSR-bezogene Neuerungen .....	257
D. Auswärtiges Handeln der EU .....	259
I. Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP/GSVP) .....	260
II. EU-Assoziations-, Entwicklungs- und Außenhandelspolitik .....	262
III. EU-Nachbarschaftspolitik .....	265
Stichwortverzeichnis .....	269